

Belogen, betrogen und bestohlen von der Groko: die Hartz-IV-Empfänger

571,- Euro stehen einem Hartz-IV-Empfänger zu. Bekommen tut er aber nur 416,- Euro.

„*Vollkommen in Ordnung und reichlich*“, findet das die Bundeskanzlerin, die wohl selbst nie finanzielle Not erlitten hat und nie mit nur 416,- Euro im Monat über die Runden kommen musste. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht klar geurteilt, dass jedem das soziokulturelle Existenzminimum zur Verfügung stehen muss (was besagt, dass der Arbeitslose zumindest so viel Geld bekommt, um auch am *„gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“* teilnehmen zu können) und nicht nur ein geringerer Betrag, um es gerade noch zu schaffen, sich am Überleben zu halten. Aber genau das sind die 416,- Euro. Ein Betrag, der so gerade das Überleben gewährleistet, mehr aber auch nicht. Ein klarer Verstoß gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Offensichtlich fühlt sich Merkel mit ihrer Regierung hieran nicht gebunden. Nicht der einzige Fall, wo sie Rechte und Gesetze missachtet, weil sie sich an nichts mehr gebunden fühlt, schon gar nicht mal an ihrem Amtseid, den sie erst dieses Jahr erneuert hat, wo sie geschworen hat, alles zum Wohle des Volkes zu unternehmen. Zu ihrem *„Volk“* scheint aber nur das Volk der Reichen und Mächtigen zu gehören und nicht die Hartz-IV-Empfänger.

Merkels Regierung, das sind die Parteien CDU/CSU und die SPD, vereint in einer großen Koalition. Die SPD trägt das Wort *„Sozial“*, die CDU das Wort *„Christlich“* und die CSU sogar beides *„Sozial“* und *„Christlich“* im Namen. Aber was ist daran sozial und christlich, den Ärmsten des Landes einen Teil ihres Geldes zu stehlen, welches ihnen zusteht?

Gerade was die einstige Arbeiterpartei SPD anbelangt, deren Mitglieder vorgeben ein soziales Herz zu haben und (angeblich) gerne auf Seiten der Schwächeren stehen, was denken sie über den Diebstahl an Arbeitslose? Tragen sie das mit?

Immerhin ist an diesem Raub ihre Parteiführung beteiligt. Wenn sie ihre Parteiführung weiter darin unterstützen wollen, kein schlechtes Gewissen damit haben, dann tun sie einfach nichts und ignorieren das Thema. Falls es ihnen aber doch zu kriminell ist, dann treten sie aus der Partei aus. Es sei denn, die Regierung beendet umgehend diesen andauernden Diebstahl und zahlt zudem das bislang vorenthaltene Geld den Hartz-IV-Empfängern aus. Damit ist aber nicht zu rechnen, solange die hartherzige Kanzlerin Merkel an der Macht ist und solange Parteiführungsmitglieder einen Vorteil hieraus ziehen.

Volkswirtschaftlich gesehen ist dieser Raub an den Arbeitslosen auch grober Unfug, da er der regionalen Wirtschaft schadet. Denn die fehlenden 155,- Euro können die Hartz-IV-Empfänger ja nicht lokal ausgeben, weil sie es nicht erhalten haben. Das Geld fehlt in den Kassen der Geschäfte. Und auch die Kommunen haben damit weniger Steuereinnahmen. Hier gibt es also noch viel mehr Geschädigte.

Und was ist mit dem sozialen Gewissen der Gewerkschaften? Sie hätten die größten Möglichkeiten den Protest gegen diese Ungerechtigkeit zu organisieren und auf die Straße zu tragen. Ist aber bisher nicht geschehen. Oder tun sie nur das, was die Regierung ihnen zuträgt? Und zwar an Veranstaltungen gegen den politischen Gegner der GroKo, welches die AfD ist, teilzunehmen (was gar nicht zu ihrem Aufgabengebiet gehört), aber bloß nicht an Protestaktionen gegen die Bundesregierung. Ist das der Kern ihres Handelns?

Dann sollten sich mal die Gewerkschaftsmitglieder fragen, warum die Arbeitnehmerrechte und die Löhne so gering sind in Deutschland, wie sie sind? Ob das nicht auch an den

Gewerkschaften liegt, bzw. an deren Führung? Und je nach Ergebnis wird die letzte Frage dabei sein: austreten oder für eine andere Gewerkschaftsspitze stimmen?

Jeder Arbeitnehmer, der in einer Gewerkschaft organisiert ist, kann trotz Mitgliedschaft darin arbeitslos werden und später Hartz-IV-Empfänger sein. Lässt die Gewerkschaft ihn dann im Stich? Wenn nicht, dann hilft die Gewerkschaft massiv den Diebstahl an Hartz-IV-Empfänger zu unterbinden. Und sie dürfte ja nicht alleine da stehen, bei dieser Aufgabe. Hier gibt es Sozialverbände, die ihnen zur Seite stehen werden.

Wie sieht es aus mit der Linkspartei, welche gerne Hartz IV abgeschafft haben möchte? Von hier aus müsste doch der lauteste Protest zu hören sein. Aber ich höre nichts!

Ist „*soziale Gerechtigkeit*“ nur ein Schlagwort von Parteien um Stimmen einzufangen und von Gewerkschaften um Mitglieder zu akquirieren? Wenn es nicht nur eine belanglos dahin geworfene Phrase ist, sondern man *soziale Gerechtigkeit* lebt, dann wird man den Hartz-IV-Empfängern helfen und dafür sorgen, dass sie baldmöglichst ihr zustehendes Geld komplett bekommen und nicht nur einen Teil davon. Deutschland ist reich genug, es kann sich das leisten, denn es gibt Haushaltsüberschüsse in Milliardenhöhe. Die sind nicht nur für die Reichen da, das Geld gehört dem Volk!

Bei ca. **6 Millionen** betrogenen Hartz-IV-Empfängern muss es doch jetzt einen großen Ruck durch unsere Gesellschaft geben. Oder will die Bevölkerung diesen monatlichen Diebstahl weiterhin akzeptieren? Immerhin kann es jeden treffen, mal Hartz-IV-Empfänger zu werden.

Es liegt erstrangig in der Hand der Parteimitglieder der GroKo. Sie können mit ihrer Parteimitgliedschaft dafür werben, dass der Diebstahl beendet wird. Wenn es Massenaustritte aus den Parteien der GroKo gibt, werden es sich die Parteiführungen überlegen, ob sie weiterhin mit den Hartz-IV-Empfängern so verfahren wollen wie bisher. Es ist an der Zeit, den Widerstand gegen diesen Diebstahl zu organisieren. Denn wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

Pierre Sens

www.pierre-sens.de

V.i.S.d.P. Pierre Sens

Copyright Mai 2018 © by Pierre Sens

- Empfehlen Sie diesen Artikel weiter ! - - Informieren Sie Hartz-IV-Empfänger hierüber! -

Links zu diesem Thema:

[Merkel-Regierung behält ALG II-Beziehern 155 Euro pro Monat vor](#) - Die freie Welt

[Regelsatz zu gering: Hartz IV wird kleingerechnet](#) - tagesschau.de

Video: [Wie die Bundesregierung die Regelsätze niedrig rechnet](#) – ARD-Mediathek

soziokulturelles Existenzminimum: [Urteil Bundesverfassungsgericht](#)